

Sonderband 2020

TUP

Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit

Wolfgang Stadler (Hrsg.)

Gefahr Ungleichheit.

Wie die Zersetzung der Demokratie
verhindert werden kann

Sonderband 2020



BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus Stadler, Gefahr Ungleichheit, ISBN 978-3-7799-6432-2

© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6432-2>

Inhalt

Gefahr Ungleichheit.

Wie die Zersetzung der Demokratie verhindert werden kann

Editorial

Wolfgang Stadler 3

Gefahr Ungleichheit.

Wie die Zersetzung der Demokratie verhindert werden kann

Peter Kuleſa 4

„Es gibt eine Gewinner-Verlierer-Struktur in unserer Gesellschaft“

Interview mit Andreas Reckwitz 12

Geld ist der Kern der Probleme

Interview mit Michael Hartmann 21

Die Vermögensverteilung in Deutschland

Marten von Werder 28

Reichtum gerecht verteilen

Interview mit Christian Neuhäuser 38

„Wir müssen Empathie wecken“

Interview mit Christian Baron 45

Armut in der Kindheit und ihre Folgen

Claudia Laubstein und Evelyn Sthamer 54

Kinder und Jugendliche in Armutslagen

Erkenntnisse zu Verlaufsmustern, Unterversorgung und sozialer Teilhabe

Silke Tophoven 63

Die Einführung der Kindergrundsicherung in Österreich –
ein Modell der Volkshilfe

Erich Fenninger, Judith Ranftler, Dagmar Fenninger-Bucher 72

Mythos Chancengleichheit

Aladin El-Mafaalani 82

40 Jahre Teilung brauchen 40 Jahre Heilung <i>Marianne Birthler</i>	92
Ungleichheit und Rentenangleichung Ost – immer noch ein Thema 30 Jahre nach der Wiedervereinigung? <i>Judith Kerschbaumer</i>	99
Altersarmut von lesbischen Frauen – warum ist diese Gruppe besonders armutsgefährdet? <i>Reingard Wagner</i>	108
Rote Frage = Grüne Frage? Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert <i>Katharina Bohnenberger</i>	114
Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Was steht zu erwarten? <i>Jörg Deml</i>	121

Gefahr Ungleichheit.

Wie die Zersetzung der Demokratie verhindert werden kann

Peter Kuleßa

Erstes Beispiel: St. Tropez im April 2020. Vornehmlich englischsprachige Medien¹ berichten über folgende Begebenheit im südfranzösischen Nobelort: Zu einer Zeit, als im örtlichen Krankenhaus viel zu geringe Testkapazitäten existierten, konnten sich reiche Bewohner*innen privat auf das Coronavirus testen lassen. Beteiligte versuchten nach Bekanntwerden, eiligst Erklärungen und Rechtfertigungen zu veröffentlichen. Wie plausibel oder auch nicht diese sind, ist nur bedingt relevant. Viel wichtiger ist der Fakt an sich: Wer ausreichend Geld und Einfluss hat, kann auch dann für sich sorgen, wenn ein Großteil der Mitmenschen dazu keine Möglichkeit hat. diese Erkenntnis ist nicht neu. Die angeführte Begebenheit soll an dieser Stelle auch nicht überstrapaziert werden. Es ist ein Beispiel von Ungleichheit, das in der Frage mündet: Wer kann sich medizinische Versorgung leisten?²

Zweites Beispiel: Schulen in Berliner Bezirken. Nachdem die Bildungseinrichtungen wegen der Corona-Pandemie geschlossen wurden, stellten Verantwortliche an einigen Schulen in sogenannten sozialen Brennpunkten Folgendes fest: Im Zuge der Homeschooling-Maßnahmen waren Kinder aus bildungsfernen Haushalten plötzlich schlicht von der Bildfläche verschwunden. Die Folgen für ihre weitere Bildungslaufbahn sind absehbar: Es entstehen Lern- und Wissenslücken, die nicht mehr aufzuholen sind. Schlechte Chancen auf Bildung und schlicht zu wenig Bildung zementieren Ungleichheit. Anders gesagt: Wer in einem Umfeld aufwächst, in dem Eltern sich um die (Aus-)Bildung ihrer Kinder eher gut kümmern können, hat natürlich bessere Zukunftsperspektiven.

Drittes Beispiel: Ein Hochhaus und ein Reihenhaus. Vergleicht man etwa ein Hochhaus mit 100 Wohnungen, die eher Zellen als geräumiger Wohnraum sind, mit dem Reihenhaus im Grünen mit eigenem Garten und genügend Raum für alle Be-

1 <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/25/outcry-as-rich-saint-tropez-residents-given-coronavirus-tests>.

2 Wilkinson/Pickett (2010) haben dazu bereits vor zehn Jahren festgestellt, dass ungleiche Gesellschaften auch ungesunde Gesellschaften sind. Sprich: Je ungleicher Einkommen und Vermögen verteilt sind, desto größer waren und sind laut ihren Untersuchungen die Probleme wie Depression, Drogenabhängigkeit oder hohe Selbstmordraten. Zudem litten in den entsprechenden Ländern sehr viel mehr Menschen an Übergewichtigkeit und Atemwegserkrankungen – beides erhebliche Risikofaktoren in der jetzigen Pandemie.

wohner*innen, so liegt die Antwort nicht nur in Zeiten massiver Ausgehbeschränkungen auf der Hand: Je größer der Wohnraum und die Grünfläche in direkter Umgebung, umso geruhvoller kann mit dem neuen und für alle ungewohnten Alltag umgegangen werden. Natürlich sind jene Menschen im Vorteil, die sich großen, ruhigen Wohnraum leisten können.

Es ließen sich weitere Beispiele für andere Lebensbereiche anführen, die eines verdeutlichen: Es gab schon vor der Corona-Pandemie strukturelle Ungleichheiten in verschiedenen Lebensbereichen, die jetzt wie unter einer großen Lupe viel deutlicher sichtbar werden oder sich gar verschärfen.³ Diese strukturellen Ungleichheiten sind nicht naturgegeben. Sie wurden durch politische Entscheidungen befördert. Sicherlich grundiert von einer politischen Idee des Zusammenlebens, die man als neoliberal bezeichnen kann.

Spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre in Großbritannien und den USA, nach 1989 in den mittel- und osteuropäischen Staaten und dann seit 2003 auch in Deutschland gab es einen Siegeszug der Privatisierung staatlicher Versorgungsangebote. Der Glaube an die Fähigkeit neoliberaler Marktregulierung wuchs stetig. Der Anspruch individueller Eigenversorgung und Eigenvorsorge von Lebensrisiken wurde immer größer.⁴ Neoliberales Denken konsequent zu Ende gedacht bedeutet zugleich die Verabschiedung des Staates. Nach der Devise: Staatliches Handeln ja, aber bitte nur zur Absicherung des neoliberalen Marktgeschehens. Infiziert von diesem Denken musste Ende der 1990er-Jahre und zu Beginn der Nullerjahre plötzlich alles „schlank“ werden: Überall gab es zu viel institutionellen und personellen Ballast, der abgeworfen werden musste. Auch hier nur ein kurzer Schlenker zur Virusgegnwart: Gesundheitsämter sind gegenwärtig strukturell und personell überfordert, Testkapazitäten bereitzuhalten und Tests durchzuführen.⁵ In den vergangenen Jahrzehnten wurde aufgrund von Sparpolitiken Personal eingespart, das jetzt fehlt.

Der Abbau und Abschied von staatlichen Versorgungsstrukturen beim Wohnraum führt seit Jahren zu massiven Problemen für den Haus- und Wohnungsbau und

3 „Diese Seuche trifft zum größten Teil die Armen und jene Menschen, die an vorderster Front stehen und die wir nun euphemistisch als ‚unentbehrliche Arbeiter‘ bezeichnen“, so der Völkerrechtler Philip Alston – bis April dieses Jahres UNO-Sonderbeauftragter für extreme Armut – in einem Interview mit dem Spiegel vom 28.5.2020. Es sei ganz sicher keine Krankheit, „vor der wir alle gleich sind“, betont Alston. Zudem: Laut Schätzungen von UNICEF und Safe the Children könnten im Zuge der Corona-Pandemie weltweit 86 Millionen weitere Kinder bis zum Jahresende in Armut geraten. Das wäre ein Anstieg um 15 Prozent. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen lebten dann insgesamt 672 Millionen Kinder unter der jeweiligen nationalen Armutsgrenze (<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2020/covid-19-kinderarmut/219494>).

4 Auf den Punkt dazu Axel Honneth (2016: 119 f.): „Man hat den Wohlfahrtsstaat um seine rechtlichen Zusicherungen gebracht und die Hilfeleistungen konditional gemacht, abhängig gemacht von der Erfüllung bestimmter Bedingungen. Die Rechte auf Wohlfahrt sind inzwischen keine unbedingten Rechte mehr. Alles das, was man komplexe soziale Rechte nannte, ist eigentlich durchlöchert worden. Die Rechtssicherheit auf Wohlfahrt ist genommen worden.“

5 Dazu mehr unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/corona-gesundheitsaemter-103.html>.

auf dem Mietmarkt.⁶ Die Folge: Bezahlbaren Wohnraum in Groß- und Studentenstädten zu finden, wird für immer mehr Menschen unmöglich. Inzwischen gilt dies nicht mehr nur für diese Städte. Zusehends auch für erweiterte Einzugsgebiete von Großstädten und ländliche Regionen, die über kurze Wege zu Flughäfen, ICE-Bahnhöfen oder Autobahnauffahrten verfügen.⁷

Fakt ist: Die Ungleichheit nimmt zu

„Es gibt viele Facetten von sozialer Ungleichheit, entscheidend sind jedoch immer die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen“, so der Soziologe Michael Hartmann in diesem Band. Diese Unterschiede offenbaren zudem auch noch einmal Unterschiede zwischen den Geschlechtern. „Das Problem bei Geschlechterdifferenzen sind ja weniger die Managerinnen, die es nicht bis in den Vorstandsvorsitz schaffen“, betont Hartmann, sondern das „Problem sind die vielen, vielen Frauen, die in ganz schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs arbeiten. Sie können sich nichts leisten, sondern müssen sehen, wie sie alles geregelt bekommen. Das höchste Risiko, in Deutschland arm zu sein, haben alleinerziehende Frauen mit drei oder mehr Kindern. Geld ist daher immer von größter Relevanz.“⁸ Oft sind es jene Frauen, die im Dienstleistungssektor in Teilzeit und zu schlechten Löhnen arbeiten müssen. Im Zuge der Coronapandemie haben Servicetätigkeiten – etwa Kassierer*innen im Supermarkt oder Paketzusteller*innen, aber auch Beschäftigte im Kranken- und Pflegebereich – breite öffentliche Anerkennung erfahren. Andere Servicearbeiter*innen etwa im Gaststätten- und Hotelgewerbe hingegen sind konkret von der Arbeitslosigkeit⁹ bedroht. Al-

6 Hans-Jochen Vogel (2019: 11) weist in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, dass „wir bis heute Grund und Boden wie eine beliebig reproduzierbare Marktware behandeln und dass die Marktgesetze für den Umgang mit Grund und Boden gelten und nicht die Gesetze des allgemeinen Wohls“. Die Baulandpreise sind seit 1962 um 2.400 Prozent gestiegen. Der Anteil der Bodenkosten im Verhältnis zu den Baukosten liegt derzeit bei 50 Prozent; vor Jahrzehnten lag er bei 10 Prozent. „Sprich: Die Steigerung der Bodenkosten treibt die Baukosten in die Höhe und damit letztlich auch die Mieten.“ (ebenda).

7 Vertiefend zu Fragen nach der Zukunft sozialen Wohnens siehe auch den TUP Sonderband 2017.

8 Einer OXFAM-Studie (2020) zufolge leisten weltweit Frauen und Mädchen täglich weit über 12 Milliarden Stunden Haus-, Pflege- und Fürsorgearbeit – unbezahlt. Würde man ihnen auch nur einen Mindestlohn für diese Arbeit zahlen, wären das umgerechnet über 11.000.000.000.000 (das sind übrigens Billionen) US-Dollar pro Jahr.

9 Stand 3.6.2020 sieht es laut Bundesarbeitsagentur auf dem Arbeitsmarkt so aus: Die Arbeitslosenzahl ist von April auf Mai infolge der Corona-Krise erneut kräftig gestiegen, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vormonat. Mit 2.813.000 liegt sie 169.000 höher als im Vormonat. Saisonbereinigt entspricht das einem Zuwachs um 238.000. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Arbeitslosenzahl um 577.000 erhöht. Die Arbeitslosenquote steigt um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent. Die Unterbeschäftigung, die auch Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik und kurzfristige Arbeitsunfähigkeit berücksichtigt, hat sich saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 170.000 erhöht. Damit wächst die Unterbeschäftigung weniger stark als die Arbeitslosigkeit. Dies liegt zu einem großen Teil daran, dass wegen der Kontaktbeschränkungen Angebote der Arbeitsmarktpolitik nicht zum Einsatz kamen. Insgesamt lag die Unterbeschäftigung im Mai 2020 bei 3.573.000 Personen. Das waren 383.000 mehr als vor einem Jahr. Nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen wurde vom 1. bis einschließlich 27. Mai für 1,06 Millionen Perso-

len gemein ist die schlechte Bezahlung, die ein materiell würdiges Leben erschwert. Es wird bei allen Hilfsmaßnahmen und Konjunkturpaketen darauf ankommen, wie all jene „Heldin*innen-Berufe“ der Krise entsprechend zukunftsfest entlohnt werden können. Mehr denn je ist ein verantwortliches Handeln von Tarifpartnern und staatlicher Politik notwendig. Das wird Geld kosten. Höhere Löhne sind aber notwendiger denn je (dazu auch Herrmann 2020).

Wenn es sein muss, geht es plötzlich

Bereits im Zuge der Finanzkrise 2008/2009 wurde urplötzlich offenbar, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Die wirtschafts- und finanzpolitische Krise der Corona-Pandemie mit entsprechenden sozialen Verwerfungen ist noch gravierender – und wieder wird nach staatlichen Hilfen gerufen. In beiden Fällen wurde rasch wirtschaftspolitisch-ideologischer Ballast abgeworfen, um zu handeln. Im Nachgang zur Finanzkrise wurde dies rasch wieder vergessen, und alte ideologische Muster bestimmten alsbald das Denken und Handeln.

Die gegenwärtige Krise ist in der ganzen Welt jedoch so massiv,¹⁰ dass Gralshüter*innen der Austerität vorerst keinen Einfluss haben sollten. Alle ersten politischen Maßnahmen seit März 2020 sind davon gekennzeichnet, dass vorherige ideologische Hemmschuhe (Stichworte: Schwarze Null und Schuldenbremse) vorerst ausgezogen wurden. Ob und wie lange dies so bleiben wird, bleibt abzuwarten.¹¹ Langfristig können stabile Finanzen nur dann gesichert werden, wenn die Einnahmeseite des Staates verlässlich hoch bleibt.

Die Gedanken sind nicht neu, aber deswegen keineswegs veraltet: Warum nicht die Spitzen-Einkommensteuersätze aus der Regierungszeit von Helmut Kohl wieder einführen? Warum nicht endlich Vermögen- und Einkommensteuern einführen, die ihren Namen auch verdienen? Und warum sich nicht endlich vom Fetisch der „Schwarzen Null“ und der Schuldenbremse verabschieden? Aus demokratischen Gründen sollte man sich Folgendes klarmachen: Der Zusammenhang zwischen ökonomischer und sozialer Absicherung und einem grundlegendem Interesse an Demo-

nen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt, nach zusammen 10,66 Millionen im März und April. Aktuelle Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme stehen bis März zur Verfügung und umfassen damit zeitlich den ersten Monat der Verschärfung der Corona-Krise. So wurde nach vorläufigen hochgerechneten Daten der Bundesagentur für Arbeit im März für 2,02 Millionen Arbeitnehmer*innen konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit lag damit schon im März weit über den Werten zur Zeit der großen Rezession 2008/2009 (<https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt-2020>).

10 Grundlegend dazu Tooze 2020. Im Westen Europas sind die drei ungleichsten Länder Großbritannien, Italien und Spanien jene Staaten, die am härtesten von dem Coronavirus betroffen sind. In China ist die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen Jahrzehnten massiv auseinandergegangen und die Betroffenenzahl am höchsten. Exemplarisch zu den Auswirkungen in Afrika und den Folgen für die Frage von Migration Hepp 2020.

11 Skeptisch dazu Flassbeck 2020 und Schroeder 2020; verhalten optimistischer Staab 2020.

kratie und politischer Teilhabe ist gegeben. Untersuchungen belegen, dass sich Menschen in prekären Lebenslagen oftmals aus dem repräsentativen System durch Wahlenthaltung verabschieden.¹² Sie haben nicht mehr das Gefühl, einen Adressaten zu finden, der ihre Interessen angemessen im politischen Prozess vertritt; sie sehen keinen Sinn, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Zu diesem Personenkreis zählen vielfach eben auch jene Männer und Frauen, die seit Beginn der Corona-Pandemie allenthalben als Held*innen gefeiert werden. Es wäre daher umso fataler – sowohl für die persönlichen Lebensalltage der Betroffenen selbst wie auch für die Glaubwürdigkeit unserer repräsentativen Demokratie insgesamt –, wenn wohlfeile Ankündigungen nur leere Worthülsen bleiben; wenn keine angemessene Bezahlung möglich sein wird; wenn es etwa im Gesundheits- und Pflegewesen nicht zu spürbaren Verbesserungen in der Bezahlung, aber auch im Ausgaben- und Verantwortungszuschnitt des Pflegepersonals kommt.

Unsicherheiten und Ängste

Es wird in diesem Zusammenhang immer wieder unterschätzt, wie wichtig für Menschen eine einträgliche Erwerbsarbeit einerseits und das Vertrauen in sozialstaatliche Absicherung andererseits sind. Ist beides vakant, sind materielle und psychologische Folgen absehbar. Es entstehen Unsicherheiten, Ängste oder auch Apathie. „Gesellschaftsordnungen, in denen ein günstiger Nährboden für Existenzängste besteht und das Klima von zerstörten Hoffnungen und gebrochenen Lebensperspektiven bestimmt ist“, so Oskar Negt (2016: 17), „produzieren autoritätsgebundenes Mitläufertum und verführen dazu, Ersatzschuldige für die Misere zu suchen.“ Gepaart mit menschenfeindlichen Motiven der Betroffenen, sind die Schuldigen bei Geflüchteten, Homosexuellen oder Obdachlosen schnell gefunden. Der Weg, entsprechende Angebote im Parteienspektrum anzunehmen und deren Vertreter*innen zu wählen, ist dann nicht mehr weit. Soziolog*innen und Parteienforscher*innen weisen seit Jahren auf diese Zusammenhänge und deren Folgen für die repräsentative Demokratie hin.¹³

Demokratien sind dann gefährdet, wenn sich die Bürger*innen nicht engagieren können und wollen. Es kommt aber noch etwas hinzu, und dies ist derzeit etwa in den USA¹⁴, Polen oder Ungarn¹⁵ zu beobachten: Wenn demokratisch gewählte Politi-

12 Maßgeblich dazu Schäfer 2015.

13 Aus Sicht der Parteienforschung treffend dazu Elmar Wiesendahl (2017: 7): „Von der Repräsentationsleistung der Parteien als Durchführende von Wahlen, Organisatoren von Herrschaft, als Inhaber parlamentarischer und gouvernementaler Gesetzgebungs- und Entscheidungskompetenz hängt es also ab, wie gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit auf der politischen Ebene zum Gegenstand der Auseinandersetzung um Erhalt und Veränderung der gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse gemacht wird.“ Aus soziologischer Perspektive sehr erhellend Heitmeyer 2018.

14 In der unendlichen Vielzahl von Analysen über die USA sei an dieser Stelle auf den sehr lesenswerten Beitrag von George Packer in der Zeit vom 5.5.2020 verwiesen: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/corona-krise-usa-donald-trump-pandemie-ungleichheit>.

15 Aktuell dazu Elliesen 2020.

ker*innen nach ihrer Wahl beginnen, den Rechtsstaat zu untergraben, das Mindestmaß an politischen Übereinstimmungen (etwa über Verfassungsgrundsätze) ignorieren oder gar verachten, die Freiheit der Medien infrage stellen und die vitale Zivilgesellschaft etwa durch juristische oder finanzielle Drohungen ruhig zu halten versuchen, dann wird es gefährlich für das demokratische Miteinander.¹⁶

Demokratische soziale Politik

Es muss daher ein beherztes Eintreten etablierter Parteien, Verbände, Vereine und anderer für eine vitale Demokratie erkennbar werden; muss die sozialstaatliche Sicherung wieder spürbar werden; dürfen zugleich die Freiheitsgewinne in gesellschafts- und kulturpolitischen Fragen nicht verleugnet werden.

Eine fortlaufende ökonomische Durchdringung des Lebensalltags vieler Menschen führt in die Irre. Es gibt Bereiche, die eben nicht den Postulaten der Privatisierung und „dem Markt“ überlassen werden dürfen. Seien es Fragen alltäglicher Versorgung wie Strom, Gas oder Wasser, der gesundheitlichen oder pflegerischen Vorsorge, der Erziehung oder Bildung und Kultur, des Umweltschutzes und Klimafragen. In diesen Feldern werden unverzichtbare Dienstleistungen erbracht für ein funktionierendes Gemeinwesen.¹⁷ Der öffentliche Sektor ist vor allem im Bereich der Humandienstleistungen eine unverzichtbare soziale Größe im nachhaltigen Modernisierungsprozess. Dies gilt insbesondere in Fragen von sozialen Aufstiegsfunktionen bestimmter Gruppen. Aber auch beim Klimawandel kommt es auf eine stabile, nicht vom Markterfolg abhängige Expertengruppe im öffentlichen Sektor an, die das Thema bearbeitet. Der staatliche Bereich ist demnach maßgeblich für eine soziales und demokratisches Gemeinwesen und zugleich Stabilisator für eine nicht unerhebliche soziale Gruppe mit Blick auf deren gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg.¹⁸

Ein demokratisches Gemeinwesen ist dann robust gegen zersetzende Tendenzen, wenn engagierte Bürger*innen und ihre Interessen ernst genommen und akzeptiert werden. Die Menschen sind vor allem dann bereit, sich an Wahlen zu beteiligen oder freiwillig für soziale Belange der Gemeinschaft zu betätigen und Verantwortung zu übernehmen, wenn sie für sich einen Sinn erkennen können; wenn sie spüren, dass sie gebraucht und nicht ausgenutzt werden. Der soziale Frieden ist dann gesichert, wenn die Menschen – unabhängig von Herkunft, materiellen Möglichkeiten, religiösen

16 Bereits 1997 wies der Soziologe Ralf Dahrendorf auf die Konsequenzen einer immer größeren Kluft von Arm und Reich, Einkommen und Nicht-Einkommen, Teilhabe und Nicht-Teilhabemöglichkeiten im Alltag hin. Er prognostizierte weitsichtig, „daß die Entwicklungen zur Globalisierung und ihre sozialen Folgen eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten. Autoritäre Verfassungen aber können dauern; sie sind weder so katastrophenträchtig noch so prekär wie totalitäre Diktaturen. Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.“ (<https://www.zeit.de/1997/47/thema.txt.19971114.xml>).

17 Vertiefend dazu Foundational Economy Collective 2019.

18 Für den Gedanken mit Blick auf die Bedeutung des Staates danke ich Gerd Mielke.